

## **Pressekonferenz: Subventionsabbau in Deutschland**

Berlin, 13. Januar 2011

### **Statement von Hubertus Pellengahr**

Geschäftsführer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

#### Es gilt das gesprochene Wort

„Sät man im Jänner Subventionen, fehl'n zur Ernte zig Millionen“ – das ist die Bauernregel für den Januar 2011. 2011 wird ohne Zweifel ein Super-Wahljahr. Wir aber meinen: 2011 muss auch ein Super-Sparjahr werden. Denn noch immer haben Bund und Länder keine soliden Haushalte. Die Schuldenberge wachsen weiter. Das muss sich ändern. Und dazu bietet das Jahr 2011 ausgezeichnete Voraussetzungen.

Die Wirtschaft wächst. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Beste Chancen, jetzt die Neuverschuldung zurückzufahren. Konsolidierung ist aber kein Selbstläufer – sie erfordert einen festen Willen und mutiges Handeln. Wir, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, wollen Mut machen und Anregungen geben.

Fangen wir an mit dem Thema Subventionsabbau. Vorweg sei gesagt: Mit dem Sparpaket und dem Haushalt 2011 hat die Bundesregierung einen ersten richtigen Schritt unternommen. Angesichts der gigantischen Staatsverschuldung ist dieser Schritt aber ein sehr kleiner. Der Bund will auch in diesem Jahr zusätzliche Kredite in Höhe von fast 50 Milliarden Euro aufnehmen. Die Schuldenbremse im Grundgesetz lässt dies zwar rechtlich zu, dennoch sind wir der Meinung: Wenn man den Bundeshaushalt schneller sanieren kann, sollte man dies auch unbedingt tun. Denn wenn Deutschland harte Stabilitätskriterien in Europa durchsetzen will, müssen wir eine verantwortliche Vorbildfunktion wahrnehmen.

Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes kann und muss schneller voranschreiten, als bisher geplant. Ein erhebliches und sehr konkretes Sparpotential schlummert bei den Subventionen. Die Debatte über den Subventionsabbau – das ist ein Evergreen in der Politik. Leider kommt Deutschland hier aber nicht vom Fleck. Die Große Koalition hat zu Beginn ihrer Wahlperiode eine gute Richtung eingeschlagen, ist dann aber leider wieder zurückgefallen.

Jetzt ist zu befürchten, dass wir weiter in die falsche Richtung marschieren. Im Koalitionsvertrag taucht das Thema „Subventionsabbau“ explizit erst gar nicht auf. Dabei müsste man doch davon ausgehen, dass sich Union und Liberale mit diesem Thema profilieren wollen. Wir setzen darauf, dass die Bundesregierung dieses Thema noch einmal kraftvoll anpacken wird und die Chance ergreift, sich mit Subventionsabbau neue Handlungsspielräume zu eröffnen.

Denn: Subventionen sind Gift. Sie kosten viel Geld, bremsen das Wachstum und richten in der Sozialen Marktwirtschaft erheblichen Schaden an. Sie sind ungerecht, privilegieren einzelne Branchen und Produkte und bremsen den Strukturwandel der gesamten Volkswirtschaft aus. Jetzt ist es an der Zeit, Subventionen den Garaus zu machen.

Für Subventionsabbau sind viele. Wenn es konkret wird, lichten sich dann aber meistens die Reihen. Die wichtigste Frage dabei: Wie können wir den Subventionsabbau konkret einleiten? Wie hoch ist ein realistisches Einsparpotential? Um hier substantielle Antworten geben zu können, haben wir Dr. Alfred Boss, Deutschlands führenden Subventionsexperten, gebeten, ein Gutachten für uns zu erstellen. Das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) zeigt im Gutachten „Subventionsabbau in Deutschland“ konkret auf, was wir nach Stand der Dinge am Ende dieser Wahlperiode zu erwarten haben. Ergebnis: Jetzt müsste mit dem Subventionsabbau begonnen werden, wenn man neue Handlungsspielräume noch nutzen will.

Wir brauchen ein realistisches Konzept. Das IfW zeigt auf: Wenn wir uns auf die Finanzhilfen des Bundes und die Steuervergünstigungen zugunsten von Unternehmen konzentrieren, dann ergibt das einen recht hohen Betrag von fast 60 Milliarden Euro – das wäre ein kraftvoller und ebenso realistischer Einstieg in Subventionsabbau. Wir schlagen dem Gesetzgeber vor, sich in diesem Jahr auf ein Subventionsabbaugesetz zu verständigen: mit verbindlichen Kürzungsvorgaben ab 2012.

Gefordert ist vor allem der Bund beim Abbau der Finanzhilfen. Bei den Steuervergünstigungen benötigt der Bund die Unterstützung der Länder. Warum sollte er diese bekommen? Weil auch die Länder runter müssen von ihrer Neuverschuldung – die Schuldenregel gilt auch für sie. Nach dem Modell vom IfW werden Bund und Länder sehr schnell spüren, dass sie sich mit den wegfallenden Subventionen neue Handlungsspielräume erschließen.

Wer Subventionen kürzt, muss mutig sein. Gegenwind ist vorprogrammiert. Immerhin müssen einige Gruppen auf Privilegien verzichten. Ich meine aber, dass es sich lohnt. Für alle. Denn die neuen Handlungsspielräume können genutzt werden: für die Konsolidierung der Staatsfinanzen ebenso, wie für steuerliche Entlastungen. Es wird nur funktionieren, wenn es ein Gesamtpaket wird – Subventionen kürzen, Schulden senken, Steuerlast reduzieren. Das sind gute Ziele, für die es sich lohnt, mutig zu streiten und auch gegen Widerstand durchzusetzen.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft möchte mit dem heutigen Tag eine Debatte zum Subventionsabbau anstoßen. Das komplette Gutachten, die Zusammenfassung und weitere Unterlagen finden Sie auf der Online-Plattform [www.DasRichtigeTun.de](http://www.DasRichtigeTun.de) Unser Ziel ist es, die Öffentlichkeit für die Prinzipien einer fairen Wirtschaftsordnung zu begeistern und damit der Politik Mut zu machen, marktwirtschaftliche Prinzipien ernster zu nehmen.